

Wandel der Altersstrukturen: Widersprüche und Zukunftsszenarien

Amann, Anton

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Amann, A. (2004). Wandel der Altersstrukturen: Widersprüche und Zukunftsszenarien. *SWS-Rundschau*, 44(4), 415-436. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-164779>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Wandel der Altersstrukturen

Widersprüche und Zukunftsszenarien

Anton Amann (Wien)

In den letzten 20 Jahren ist über den Alterungsprozess der Bevölkerungen in den Industriestaaten so intensiv wie nie zuvor diskutiert worden. Ein nicht unerheblicher Teil dieser Diskussion legt den Schluss nahe, dass eine ständig wachsende Gruppe von Menschen – die Älteren – als eine Belastung oder gar als ein Risiko für die Zukunft angesehen wird. Hier sind differenzierte Analysen nötig. In der Debatte über den Alterungsprozess dominieren Perspektiven, die auf steigende Belastungen für die Gesellschaft durch eine alternde Bevölkerung ausgerichtet sind und die den Beitrag älterer Menschen für die gesellschaftliche Entwicklung problematisieren. Diesen Sichtweisen wird mit Argumenten begegnet, die auf Basis von Forschungsbefunden eine Relativierung der heute gängigen Altersbilder ermöglichen. In diesem Zusammenhang werden Überlegungen zur »Produktivität« des Alters und Szenarien für die Zukunft des Alters formuliert.

1. Hinweise zur Vorsicht

Die folgenden Überlegungen setzen an Veränderungen gesellschaftlicher Verhältnisse an, die gängigerweise mit dem Begriff »Altersstrukturwandel« bezeichnet werden. Der Begriff wurde von dem deutschen Gerontologen Hans Peter Tews in die Diskussion eingeführt und u. a. von Wolfgang Clemens im weiteren Rahmen soziologischer Konzepte gewürdigt (Clemens 1993). In der medialen Diskussion stehen in den letzten Jahren Sichtweisen im Vordergrund, die auf kritische Generationenverhältnisse, steigende Belastungen durch eine alternde Bevölkerung und eine kurzsichtige Bewertung des Beitrags der Älteren zur gesellschaftlichen Entwicklung gerichtet sind.

Diesen Vorstellungen werden Argumente entgegengehalten, die auf der Grundlage von Forschungsbefunden differenzierte Sichtweisen und Urteile erlauben. Dabei spielen Überlegungen zur »Produktivität« des Alters und zu möglichen künftigen Entwicklungen eine erhebliche Rolle.

Es ist erstens sorgfältig zwischen den Prozessen individuellen Alterns und den Fragen nach dem Altern der Bevölkerung zu unterscheiden. Für die Entwicklungsdynamik der Gesellschaft sind beide von Bedeutung, wenngleich auf unterschiedlichen Ebenen.

Zweitens wird umstandslos und zunehmend häufiger vom Altern der Gesellschaften gesprochen.¹ Gesellschaften altern nicht in dem hier meist unterstellten Verständnis,

1 Aus den USA wurde schon vor mehr als 20 Jahren der Begriff der »ergrauenden Gesellschaft« übernommen. In dieser Metapher war die Zwiespältigkeit, mit der das Altern beurteilt wird – ein Schwanken zwischen übertrieben positiven und übertrieben negativen Konnotationen – von Anfang an mitenthalten. Siehe dazu Donicht-Fluck (1994).

sondern die Menschen und die Bevölkerungen werden älter; deren Altern aber hat Konsequenzen für die Gesellschaften.

Drittens wird das oft reklamierte Konzept einer Politik für ältere Menschen missverstanden, wenn sie Politik *nur* für ältere Menschen sein soll. Wenn schon eine neue Politik gefordert wird, muss sie sich auf den gesamten Lebensverlauf beziehen und generationenübergreifende Perspektiven berücksichtigen.

Viertens ist der wahrscheinlich größere Teil der wissenschaftlichen Forschung und jedenfalls des medialen Diskurses mit dem individuellen Altern, seinen Ursachen, seinen Folgen und möglichen Wegen der Bewältigung beschäftigt; der kleinere Teil mit dem, was die Veränderung gesellschaftlicher Strukturen durch das Altern der Bevölkerung betrifft. Hier gibt es ein Diskussionsdefizit betreffend Veränderungen der institutionellen Rahmenbedingungen und der Rolle von Politik und Medien. Zudem wird ein Charakteristikum des Alterns häufig übersehen: dass es nicht nur einen Teil der Gesellschaft betrifft, sondern (fast) alle gesellschaftlichen Gestaltungsbereiche (Baltes/ Mittelstraß 1992).

Die gegenwärtige Beschäftigung mit der Gruppe der älteren Menschen und die Aufmerksamkeit, die ihren speziellen Bedürfnissen und Problemen gewidmet wird, speist sich vordergründig aus drei Entwicklungen: dem zunehmenden Ausmaß an direkter und indirekter Betroffenheit, der Erwartung steigender Kosten, und der relativen Gewissheit, dass die Altersphase jedes einzelnen Menschen länger wird. Da in der Wahrnehmung von Alternsphänomenen besonders in der medialen Öffentlichkeit Kostenfragen (Pensionen, Pflege, etc.) und politische Perspektiven (z. B. die Macht der Älteren im Rahmen demokratischer Wahlen) immer wieder dominieren, darf es nicht verwundern, dass falsche Altersbilder und Ideologien einen fruchtbaren Boden finden. Die Reden von der »Last der Alten« oder von der »Überalterung« sind so geläufig geworden, dass nach ihrer Berechtigung gar nicht mehr gefragt wird. Der Begriff »Überalterung« der Gesellschaft birgt eine gleichförmige Negativbewertung, weit gehend unabhängig von den tatsächlichen Quantitäten und Zahlenrelationen der Altersstruktur der Bevölkerung. Dennoch werden die negativ wertenden Bezeichnungen »Überalterung« und »Alternslast« im politischen Diskurs und auch in der Wissenschaft häufig unbedacht gebraucht (Amann 2004, 16).

Es ist auch ein Wandel in der Medienberichterstattung festzustellen. Noch Ende der Achtzigerjahre des 20. Jahrhunderts war die Berichterstattung in der bundesdeutschen Presse zum Thema Alter von Altenhilfe dominiert. Die Alten, denen Aufmerksamkeit gewidmet wurde, gehörten vornehmlich zur Klientel der Sozialhilfe: es waren die Betreuungs- und Pflegebedürftigen, die Armen, Kranken, Einsamen und von der Gesellschaft Verlassenen (Dierl 1989). Diese Berichte wurden jahrelang, zunächst auch in Österreich,² von Werbeanzeigen ergänzt, vor allem in illustrierten Zeitschriften: Soweit sich diese an alte Menschen wandten, zeigten sie auch eine gewisse Nähe zur Pharmawerbung. Symptome der Lustlosigkeit, der Abgespanntheit und der Niedergeschlagenheit kennzeichneten häufig die bildlichen und sprachlichen Darstellungen. Mit

2 Vgl. insbesondere die Übersicht bei Amann (2000b, 523–527).

unpräzisen Verallgemeinerungen wurde der alte Mensch beschrieben. Er wurde dargestellt als ein von vielfältigem Verschleiß gekennzeichneter, durch mannigfache Defizite geprägter und unter vorzeitigen, oder in diesem Sinne rechtzeitigen, Altersbeschwerden leidender Greis (Horn/ Naegele 1976, Dierl 1989). An diesem Altersbild hatten die Pharmaindustrie und die zahlreichen Verbände und Organisationen, die sich für das Wohl und die Betreuung vor allem hilfebedürftiger Menschen einsetzen, ihren erklecklichen Anteil. Dieser etwas einseitigen Perspektive standen natürlich auch Versuche für Korrekturen gegenüber (z.B. Schachtner 1990).

Nun zeigen sich, in einem kräftigen Gegenzug, seit einigen Jahren wieder scheinbar positive Bilder. Genussfähigkeit, ewige Jugendlichkeit und materieller Wohlstand werden hervorgehoben. In ihrer positiven Überzeichnung sind sie wiederum einseitig und deshalb falsch.³ Ebenso wie noch vor kurzer Zeit die Malaise des Älterwerdens das Hauptthema war, so ist nun dessen Vermeidung, ja sogar dessen Verhinderung – wie die Schlagworte »anti-aging« und »forever young« signalisieren – das wichtigste Vorurteil. Ganz gezielt werden in diesen Bildern die jungen, aktiven, geistig mobilen, kontaktreichen, kommunikativen, gesunden, körperlich fitten und sportlichen, mitunter sogar politisch aufmüpfigen Alten beschrieben. Dieses »neue Alter«, eine Entdeckung auch der Wissenschaft, im Speziellen der Gerontologie, ist demnach durch Kreativität, Verhaltensreichtum, Unabhängigkeit und Eigenständigkeit, Freisein vom Bedarf an fremder Hilfe, soziales Eingebundensein, Interessenvielfalt sowie Freizeit- und Konsumorientierung gekennzeichnet. Die notorischen Fehleinschätzungen des Alters, und zwar sowohl in negativer als auch in positiver Überzeichnung, bergen die Gefahr, den Blick auf ausgewogenere Urteile zu verstellen. Mitunter wird diese Gefahr auch in sehr scharfer Weise formuliert: Die falschen Bilder stempelten alle jenseits des 50. Lebensjahres zu einer eigenen Gattung, der durch die Gesellschaft das geraubt werde, was jedem Menschen als sein Eigenstes zukomme, Selbstvertrauen und Verstand.⁴ In etwas gedankenloser Manier plappern Millionen die Slogans nach, nicht bemerkend, dass sie von sich selbst sprechen, nicht erkennend, dass sie mit den Vorurteilen das Urteil über ihre eigene Zukunft fällen (Amann 2004, 17).

2. Wandel der Altersstrukturen

Gemäß der »Theorie« oder dem »Gesetz« des demografischen Übergangs (Coale 1973, 53, Felderer/ Sauga 1988, 38), einem etwas groben, aber korrekten Interpretationsmodell für die Bevölkerungsentwicklung von der vormodernen zur modernen Gesellschaft, befinden wir uns gegenwärtig in der dritten, der »posttransformativen« Phase, die folgendermaßen gekennzeichnet ist: Die Fertilität sinkt im Laufe der Modernisierung stetig ab und gleicht sich der sinkenden bzw. dauernd niedrigen Sterblichkeit ziemlich

3 Hier sei an die ganze Flut von Lebenshilfe- und Ratgeberliteratur erinnert, in der vor allem von einem gesunden, erfolgreichen, vitalen und sexy Alter die Rede ist. Eigene Literaturhinweise erübrigen sich.

4 In etwas einseitiger Dramatisierung hat dies jüngst Schirmmacher (2004) zum Thema gemacht. Welche Art von »Verstand« hier gemeint ist, wird leider nicht deutlich.

an; die Bevölkerung wächst kaum noch, in manchen Gesellschaften nimmt sie ab – sie altert. Um 1870 starben in Österreich von 100 Geborenen 42 in den ersten vier Lebensjahren; bei mehr als der Hälfte der Todesfälle waren die Betroffenen unter 25 Jahre alt. Der Tod eines alten Menschen war ein seltenes Ereignis: In 8 Prozent der Fälle waren die Verstorbenen über 75 Jahre alt, 1,5 Prozent waren älter als 85 Jahre. Heute (um 2000) haben sich die Verhältnisse umgekehrt: Auf die unter 25-Jährigen entfallen weniger als 2 Prozent der Todesfälle, rund 60 Prozent auf alle über 75-Jährigen und 30 Prozent auf alle über 85-Jährigen (Bundesministerium für Soziale Sicherheit und Generationen 2000, 42–43).

Das Sterben »vor der Zeit« ist selten geworden (im ersten Lebensjahr sterben derzeit 5 von 1.000 Kindern). Der Tod hat mit dem hohen Alter zu tun. Die »demografische Revolution«, wie diese letzte Phase des Modells manchmal auch bezeichnet wird, liegt in einer beträchtlichen Umschichtung der Altersstruktur in der Zukunft im Vergleich zu jener in früheren Jahrzehnten. Erstmals nach dem Ersten Weltkrieg ist in Österreich demografisches Altern zu beobachten.⁵

Der wichtigste Grund dafür ist nicht der Rückgang der Sterblichkeit, also die steigende Lebenserwartung, sondern das Absinken der durchschnittlichen Kinderzahl pro Frau. 1923 gab es in Österreich mehr als 1,6 Millionen Kinder bis zum Alter von 14 Jahren, heute sind es ca. 1,2 Millionen, und in den nächsten 35 Jahren wird die Zahl vermutlich auf weniger als eine Million absinken. Im Vergleich dazu gab es 1923 das erste Mal mehr als 600.000 Ältere (10 Prozent der Bevölkerung). Bis 1970 stieg diese Zahl auf 1,5 Millionen an, und um 2040 wird sie über 2,8 Millionen betragen. Nimmt die Lebenserwartung noch stärker zu, was manche für sicher halten, wird sich die Zahl auf über 3 Millionen erhöhen. Eine Gruppe bedarf spezieller Aufmerksamkeit: die »Hochaltrigen« (85+), weil diese Gruppe am schnellsten wächst. Heute sind es in Österreich rund 150.000, im Jahr 2050 werden es 500.000, im Falle stark steigender Lebenserwartung über 600.000 sein. Die überdurchschnittliche Zunahme wird sich auch aus dem Nachrücken der beiden »Baby-Boom-Generationen« der Jahrgänge 1939 bis 1943 und 1960 bis 1964 ergeben.

Wenn die Bevölkerungszahl insgesamt relativ stabil bleibt, muss dem heftigen Wachstum einer Gruppe ein Rückgang anderer Gruppen gegenüberstehen. Tatsächlich wird der Anteil der unter 19-Jährigen bis 2050 um 25 Prozentpunkte zurückgehen, und auch der Anteil der 19- bis 34-Jährigen wird sich verringern. Die 35- bis 54-Jährigen werden zunächst noch ein wenig anteilmäßig wachsen, doch nach 2010 wird diese Gruppe zunehmend schrumpfen. Der Anteil der 55- bis 69-Jährigen wird bis 2025 um 50 Prozentpunkte steigen, danach aber wieder absinken. Stark in absoluten Zahlen und auch anteilmäßig zunehmen werden einzig die 70- bis 84-Jährigen und die Hochaltrigen (Bundesministerium für Soziale Sicherheit und Generationen 2000, Kap. 1).

Die »Eckpunkte« des demografischen Wandels sind der Rückgang der Kinder und Jugendlichen auf eine historisch sehr niedrige Quote, die Zunahme der Älteren (60+)

5 Eine gute Übersicht zu den wichtigsten Veränderungen auf der Grundlage der österreichischen Situation findet sich bei Kytir (2003). Die folgenden Werte sind dieser Publikation entnommen.

auf über ein Drittel der Bevölkerung, die Alterung der Erwerbsbevölkerung und die überproportional hohe Zuwachsrates bei den Hochaltrigen (85+). Aus diesen Veränderungen ergeben sich Strukturverschiebungen, die mit dem Begriff des »Alterskonzentrationsprozesses« zusammengefasst werden können. Dessen markanteste Umschichtungen sind eine Komprimierung der Berufslebenszeit für immer mehr Menschen, eine massive Alterung der Erwerbsbevölkerung, die Hochaltrigkeit als historisch neues »Massen«-Phänomen, die Feminisierung des Alters und die Auflösung des traditionellen Dreiphasenmodells der Biographie. Kindheit und Jugend wurden in ihm mit Lernen und Ausbildung, das Erwachsenenalter mit Erwerbstätigkeit und das Alter mit Ruhestand gleichgesetzt.⁶

Dieser demografische Prozess lässt buchstäblich keinen gesellschaftlichen Bereich unberührt und er ist unumkehrbar. Im wirtschaftlichen Bereich werden Wachstum, Sparen, Investition und Konsum, im sozialpolitischen Bereich Arbeit und Pensionen, im allgemeinen Wohlfahrtsbereich Steuern, Transfers, Vermögen, etc. davon stark betroffen sein (Amann 2000a). Ebenso werden sich Gesundheitswesen, Familienstruktur und Lebensverhältnisse, Wohnverhältnisse und wohl auch transnationale Wanderungen verändern. Mit der EU-Osterweiterung sind im Laufe der Zeit Einwanderungen jüngerer Gruppen zu erwarten, die aus Erwerbsrücksichten ihre Länder verlassen, ältere Menschen werden voraussichtlich nur sehr geringe Wanderungsbewegungen tragen. Der demografische Wandel wird sich auch auf politische Wahlen auswirken. Jens Alber hat für Deutschland errechnet, dass der Anteil der über 60-Jährigen zwar seit den Sechzigerjahren konstant bei 25 Prozent aller Wahlberechtigten liegt, dass aber allein aus demografischen Konsequenzen ihr Anteil bis auf 40 Prozent im Jahr 2030 steigen wird. Der Anteil der Wahlberechtigten unter 30 Jahren von rund 25 Prozent wird aber bereits 2005 auf 13 Prozent fallen (Amann 2004, 34). Trotzdem hat das Altern der Bevölkerung außerhalb der Sozialpolitik, der akademischen Arenen und der zwischenstaatlichen Organisationen noch nicht viel mehr als moderate Aufmerksamkeit hervorgerufen.

3. Die Generationenfrage und die Belastungsdiskussion

In der medialen Öffentlichkeit, teilweise auch in den Alternswissenschaften, steht bei Generationendebatten der ökonomische Blick im Vordergrund. Unweigerlich rühren die mit dem Anwachsen der Zahl der Älteren auf die Tagesordnung drängenden Fragen nach den Kosten der Pensionen, angemessener Gesundheitsleistungen und bedürfnisgerechter Hilfe- und Pflegeleistungen auch an die Frage des Verhältnisses zwischen den Generationen. Jahrelang haben die in den Medien lancierten »Anreißer« wie »Generationenkrieg«, »Pflegenotstand«, etc. in der sozialgerontologischen Fachwelt kein respektables Echo gefunden.

In jüngerer Zeit scheint sich dies etwas zu ändern. So hat das 1999 von Peter Peterson veröffentlichte Buch über die Transformation der USA durch die demografischen

6 Zu den Veränderungen der Verhältnisse und der Korrektur des Modells siehe Amann (2003) und Amann (2004, Kap. 1.3).

Veränderungen erhebliche Reaktionen hervorgerufen.⁷ Der Kerngedanke lautet pointiert zusammengefasst: Wir würden die Liste der großen Gefahren des kommenden Jahrhunderts gut kennen, nämlich die wachsende Bedrohung durch Atomwaffen, biologische und chemische Rüstung, den Hochtechnologie-Terrorismus, tödliche Superviren, extreme Klimaveränderungen, die finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Folgen der Globalisierung sowie die ethnischen und militärischen Explosionen, die durch Staaten ausgelöst würden, die erst am Beginn des Weges zu einer demokratischen Verfassung seien. Doch gebe es eine weniger klar verstandene Herausforderung – das »Ergrauen« der Bevölkerungen der entwickelteren Länder –, die mehr zur Veränderung unserer gemeinsamen Zukunft beitragen werde als die eben genannten Gefahren (Peterson 1999, 4). Der Grund seien vor allem die wirtschaftlichen und sozialen Kosten, die selbst die größte Wirtschaftsmacht der Welt wahrscheinlich nicht mehr tragen können werde. In Österreich und Deutschland ist dieses Thema in den letzten Jahren unter dem Stichwort »Generationenvertrag« diskutiert geworden.

Wenn Generationenkonstellationen betrachtet werden, ist es äußerst sinnvoll, zwischen Generationenbeziehungen und Generationenverhältnissen zu unterscheiden, oder, wie es auch formuliert wird: zwischen innerfamiliärer oder privater und allgemeiner oder fremder Solidarität.

Die heute nachdrücklich vertretene These lautet, dass in der »zweiten Moderne« die im Rahmen kernfamiliärer Generationenbeziehungen emotional mobilisierbare Solidarität nicht (mehr) ausreiche, den Solidaritätsbedarf komplexer Gesellschaften zu decken.⁸ Gesellschaften sind aber auf Gedeih und Verderb darauf angewiesen, zur Sicherung ihres eigenen Fortbestandes auch die Frage des Älterwerdens in ihnen zu beantworten. Die Lösungen haben nie nur eine materielle Seite gehabt, sondern immer auch eine soziale, politische und kulturelle, zu der auch die praktisch-ethische zählt.

»Generationenvertrag« ist ein Begriff, der vielfach missverständlich interpretiert wird. Im Kern trifft er – wie weiter unten ausgeführt wird – den sozialstaatlichen Transfer zwischen den erwerbstätigen und den nicht mehr erwerbstätigen Bevölkerungsgruppen. Alle darüber hinaus mitgedachten Solidaritätsverpflichtungen sind diesem Generationenvertrag nicht zuzurechnen. Das eigentliche Problem liegt darin, dass viele Vermutungen über einen schon schwelenden oder doch in naher Zukunft dräuenden Generationenkonflikt, gar Generationenkrieg, nicht selten auf falschen Generalisierungen, unsauberen empirischen Analysen, oder sogar auf nicht durchschauten gesellschaftlichen und politischen Zusammenhängen aufbauen. Ein wichtiges Element für einen solchen Konflikt wären z. B. über die Zeit stabile, fundamental unterschiedliche Werthaltungen und Realitätsauffassungen zwischen den jeweils Jungen und den Alten. Selbst diese sind empirisch nicht nachzuweisen.⁹

7 Peter Peterson ist/ war US-amerikanischer Präsidentenberater, ehemaliger Handelsminister und Bankfachmann.

8 Ansätze und Konzepte für revidierte Solidaritätsvorstellungen finden sich bei Amann (2004, Kap. 2.2), Brunkhorst (1997), Fetscher (2003) und Hondrich/ Koch-Arzberger (1992).

9 Einschlägige Belege dafür bieten die bekannten deutschen »Shell-Jugendstudien«.

Zunächst einmal haben wir in dem auf dem Sozialversicherungsrecht basierenden Generationenvertrag einen Zwangs-»Vertrag« vor uns, den der Staat zwischen der Generation knüpft, die im Erwerbsleben steht, und jener, die aus diesem bereits entlassen wurde. So einleuchtend diese Metapher vom Vertrag auch sein mag, sie zeigt zugleich, was brüchig ist an diesem Gedanken eines Vertrages zwischen den Generationen. Keiner der beiden Partner hat (als Rechtssubjekt), wie es das Bürgerliche Recht fordert, dem anderen etwas versprochen und jener es gültig angenommen – wodurch ein Vertrag im eigentlichen Sinn erst zustande kommt. Die beiden Vertragspartner wurden sozusagen anonym aneinandergekettet, und was sie zu leisten haben, wird im Wege der legitimen Zwangsgewalt des Staates nach Inhalt und Ausmaß festgelegt und vollzogen. Vertragsinhalt ist die Zuweisung eines bestimmten Anteils vom Arbeitseinkommen der Erwerbstätigen an die »ältere Generation«, der dort die Funktion des »Einkommensersatzes« hat. Eine Aufkündigung dieses Generationenvertrags kann also von keiner Gruppe der Bevölkerung willkürlich vorgenommen werden, sondern nur durch ein Parlament. Es ist nun sicher von Bedeutung, dass bisher noch in keinem europäischen Staat auch nur andeutungsweise die Möglichkeit der Aufhebung dieses Generationenvertrags mit all seinen Randbedingungen ernsthaft erwogen wurde. Es ist auch nicht weiter verwunderlich, weil dies möglicherweise das Aufweichen einer Reihe wichtiger Staatsfunktionen im sozialpolitischen Bereich bedeuten könnte, wovon gegenwärtige Regelungen der Umverteilungspolitik, Grundsätze der Existenzsicherung, etc. betroffen wären. Etwas anderes ist es mit der parteipolitischen Diskussion und den Beiträgen derjenigen, die aus dem gezielten Wecken von Ressentiments und Ängsten Kapital schlagen wollen.

An der Umverteilungslogik des Staates ist nun die Idee des Konfliktes anzusetzen. Primär geht es um einen Verteilungskonflikt. Eines der größten Probleme besteht in den Industriestaaten darin, dass um die Stücke des gesamten Kuchens immer mehr gestritten wird. Aber das ist nicht ausschließlich und primär ein Generationenkonflikt, sondern ein Dauerkonflikt zwischen sehr unterschiedlich starken Interessengruppen. Es ist ein sozialer Verteilungskampf, bei dem die VerliererInnen und die GewinnerInnen immer deutlicher sichtbar werden.¹⁰ Zu den Benachteiligten zählen u. a. Frauen, die allein erziehen, die mit niedrigen Witwenpensionen vorlieb nehmen müssen, alt gewordene Menschen mit Behinderungen, AusgleichszulagenbezieherInnen, Arbeitslose, kinderreiche Familien, auch ein nicht unerheblicher Anteil von Beamten und Beamtinnen in niedrigen Verwendungsgruppen. Ihnen stehen Höchstverdiener, Kapital- und Einkommensmillionäre und »Pensionskaiser« gegenüber. Wenn die Pensionseinkommen allein zur Betrachtung herangezogen werden, ist das Bild sehr einprägsam. Von den ASVG-PensionistInnen in Österreich bezogen im Jahr 2002 45 Prozent weniger als € 545 pro Monat, drei Viertel weniger als € 1.090. Über einen Betrag von mehr als € 2.180 verfügten ganze 0,6 Prozent der PensionsbezieherInnen. Die mittlere Frauenpension erreichte 44 Prozent der mittleren Männerpension. Die Pensionshöhe der BundesbeamtInnen liegt über jener der gesetzlichen Pensionsversicherung, hier erhielten 1999 50 Pro-

10 Für die EU siehe European Commission (2002).

zent mehr als € 2.136 (Pensionistenverband Österreichs 2002, 36). Allerdings beziehen auch ehemalige BeamtInnen zu einem erheblichen Teil einen relativ niedrigen »Ruhegehalt«. Es kann also in dieser Perspektive, trotz der immer wieder auftauchenden Vermutungen über die so wohlhabenden Alten, real immer nur eine Minderheit gemeint sein, die im Regelfall auch während ihrer aktiven Erwerbsarbeit zu den Wohlhabenden zählt.

Bei all diesen Bruchlinien steht der Verteilungskampf zwischen konkreten Interessengruppen im Vordergrund, wobei der Generationenkonflikt an einem für Fragen der Generationenverhältnisse etwas irreführenden Punkt festgemacht ist: an der Frage, wer den ganzen Kuchen bäckt und wer wie viel davon u. a. über Umverteilungspolitik erhält. Bei diesem Gedanken ist eine Teilung in Jung und Alt unfruchtbar: Denn eine derart unscharfe Generalperspektive öffnet den Raum für alle denkmöglichen Missverständnisse. Im »Spiegel-Jahrbuch« (Jahrbuch 2003) ist mit Bezug auf Deutschland zu lesen, dass die Verteilungskämpfe der Zukunft um Altenheimplätze und Renten ausgetragen würden. Das ist eine mutwillige Verkürzung komplizierterer Sachverhalte. Mit Zahlen belegbar und aufgrund einer Betrachtung politischer Entwicklungen kann ebenso vorausgesagt werden, dass diese Verteilungskämpfe zwischen Rüstung, Wirtschaft, Wohlfahrtsstaat und einzelnen gesellschaftlichen Gruppierungen mit sehr unterschiedlichen Interessen ausgetragen werden. Hier ist von den durch eine geplante oder faktische Privatisierung knapper und teurer werdenden Gütern wie Wasser, Energie, Bildung und Gesundheit noch gar nicht die Rede (Amann 2004, 79).

Nun trifft zu: Es wird immer schwieriger, in den Pensionsversicherungssystemen aus den laufenden Einnahmen die laufenden Ausgaben zu finanzieren. Die Gründe dafür sind vielfältig. Was jedoch unverrückbar gilt, ist die Tatsache, dass die Kostensteigerung unter keinen Umständen allein auf die zahlenmäßige Zunahme der älteren Bevölkerung zurückgeht bzw. auf immer weniger beruflich »Aktive« und immer mehr beruflich »Inaktive«, wie oft kurzschlüssig behauptet wird. Die bekannten Probleme entstehen durch das Zusammenspiel zwischen demografischen Veränderungen, Funktionsproblemen des Arbeitsmarktes, diskontinuierlicher Wirtschaftsentwicklung seit dem Ende der Siebzigerjahre, Eigendynamik des Gesundheitssystems – aufgrund der Technologie- und Personalkosten ist die jährliche Preissteigerung höher als im Schnitt der Gesamtwirtschaft –, und anderen Faktoren.

So beeinflussen etwa folgende Größen die Einnahmen und Ausgaben der Pensionsversicherung:

- der Bevölkerungsaufbau (Altersstruktur) und die Lebenserwartung;
- die gesetzlichen Pensionsaltersgrenzen und das faktische Pensionseintrittsalter;
- die durchschnittliche Pensionshöhe, die sich ihrerseits über die Struktur der Anwartschaften und über so genannte »versicherungsfremde« Leistungen und Pensionsanpassungen bestimmt;
- die Zahl der versicherungspflichtigen Erwerbstätigen, die sich ihrerseits wieder aus dem Bevölkerungsaufbau, der Erwerbsbeteiligung und dem Beschäftigungsniveau ergibt;
- die durchschnittliche Einkommenshöhe, vor allem bedingt durch die Arbeitszeit und die Entgeltdefinition;

- die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, wofür die Lage auf den Arbeitsmärkten, die Lohnquote und das Ausmaß der Bruttolohnzuwächse wichtig sind;
- schließlich die Entwicklung der Beschäftigungsstruktur.

Wer um die methodischen und theoretischen Probleme weiß, solche Zusammenhänge zu »messen« und zu interpretieren, spricht mit Vorsicht von einer Krise des Pensions-systems allein. Zentrale Probleme des Wandels der Altersstruktur abzuhandeln, indem nur die Geldströme ins Auge gefasst werden, ist nichts anderes als der Versuch, den Sinn und Zweck eines Hauses mit Hilfe seiner Zentralheizung beschreiben zu wollen.

Wie die bisherigen Ausführungen zeigen, ist somit nicht das schiere Verhältnis zwischen »Aktiven« und »Inaktiven« das strukturelle Problem. Es ist im Falle des Umlage-verfahrens, also des gegenwärtigen Finanzierungsmodells der Pensionsversicherung in Österreich und in vielen anderen Staaten, das Festhalten an der ausschließlichen Bei-tragsaufbringung durch Besteuerung der Arbeit. Gleichzeitig kann aber die Gesellschaft immer weniger Arbeitsplätze zur Verfügung stellen und verringert sich das Steuerauf-kommen durch Lohnminderung (z. B. bei atypischen Beschäftigungsverhältnissen, bei Wiedereinstellung nach Kündigung und Arbeitslosigkeit) und Senkung der Lohnne-benkosten. Nicht an der »Altenrepublik« ist die zentrale Konfliktlinie festzumachen, wie das »Der Spiegel« vor Jahren schon behauptete, sondern an der immer weniger funktionierenden Koppelung zwischen dem Beschäftigungssystem, dem System der So-zialen Sicherheit (insbesondere der Pensionssicherung) und dem Besteuerungssystem.

Es gibt ein funktionierendes Aushilfe- und Unterstützungssystem zwischen den Generationen. Einseitig wird aber oft nur der Beitrag der Jungen hervorgehoben. Hier gilt es, die Bilder zu korrigieren. Wichtig sind deshalb die Ergebnisse von Studien, die zu Einstellungen und Verhaltensweisen im Wechselverhältnis zwischen den Generationen bzw. Altersgruppen, einerseits in den Familien, andererseits auf gesellschaftlicher Ebene, empirische Resultate liefern (Majce 2003). Der zentrale Befund lautet, dass die Familie, insbesondere die intergenerationellen Beziehungen der Kernfamilie, nach wie vor ein äußerst tragfähiges, solidarisches System der Sicherung gegen Notlagen und in Situati-onen notwendiger Hilfe und Unterstützung darstellt. Tritt Unterstützungsbedürftigkeit auf – und das war, nach einer österreichischen Studie, bei vier Fünftel der erwachsenen Bevölkerung in den letzten Jahren der Fall (Majce 2003, 178–179) –, dann bleibt kaum jemand ohne ausreichende Hilfe seitens der Familie. Ein solcher Hilfebedarf tritt bei den Jungen erheblich häufiger auf als bei den Alten. Besonders deutlich wird dies im finanziellen Bereich und bei der Betreuung von Kindern, und es ist regelmäßig die Elterngeneration, die primär diesen Hilfebedarf deckt. Zentrale Hilfsperson ist die Mutter, bei Dienstleistungen für Personen höheren Alters spielen auch die Töchter eine wichtige Rolle, wie überhaupt das Helfen eine starke weibliche »Schlagseite« hat, die vor allem in der Pflege älterer Angehöriger sichtbar wird (Künemund 2000, Kap. 8.3.4).

Allgemein ist die Familie nach wie vor eine Solidaritätsdrehscheibe zwischen den Generationen. Die wechselseitigen Unterstützungen erfolgen psychisch, sozial und ma-teriell. Der Anteil der Alten sollte dabei nicht unterschätzt werden. Ihre permanenten materiellen Zuwendungen an die jüngeren Generationen sind ein bedeutendes Element für deren Lebensstandard. Neben den materiellen Transfers sind die sozialen und emo-

tionalen von integrativer Bedeutung zwischen den Generationen. Das Geflecht der gesellschaftlichen Verpflichtungen und Verantwortungen, das die Jungen in das so genannte aktive Leben einbindet, wäre ohne ihrerseits aktive und unterstützende Alte gefährdet und reduziert. Wenn die weitverbreitete Fehlsicht über die Austauschverhältnisse zwischen jüngeren und älteren Generationen in Zukunft korrigiert werden soll, muss einfach nur gefragt werden, wie viele Hunderttausende der jüngeren Generationen weder ihren Lebensstil noch ihr Freizeitverhalten noch ihren materiellen Standard beibehalten könnten, wenn nicht die Zuwendungen aus der älteren Generation zuverlässig vorhanden wären.

Generationenbeziehungen spielen sich zu einem großen Teil in den Familien ab. Doch muss auch bedacht werden, dass »Familie« nicht gleich Familie (im traditionellen Verständnis) ist. In der heutigen Gesellschaft gibt es eine große Palette von Familienformen mit verschiedensten Typen von Beziehungen. Diese Beziehungen sind immer verbunden mit Machtverhältnissen, Abhängigkeiten, aber auch mit der Bereitschaft zu Hilfe, Beistand und mit der Zurückstellung der eigenen Interessen. Häufig sind Familienbeziehungen Belastungen ausgesetzt, wie etwa durch behinderte Kinder, die Pflege alter Angehöriger, durch Drogen- und Alkoholprobleme, weiter durch psychologisch schwierige Konstellationen wie Mutter-Tochter- oder Vater-Sohn-Konflikte. Diese Schwierigkeiten kumulieren z. B. häufig dann, wenn es um die Erbringung von Pflegeleistungen geht. Bloß sind all diese Befunde nicht Ausdruck neuer Konflikte. Ausgleich und Konflikt sind allen sozialen Beziehungen eigen, auch jenen zwischen den Generationen in der Familie. Eine weitere Tatsache stellen die Veränderungen dar, die im Umfeld der Familienbeziehungen in den letzten Jahrzehnten stattgefunden haben. Es ist zu einem Wandel der Rollen von Mann und Frau gekommen. Das alte Muster – der Mann geht arbeiten und die Frau bleibt zu Hause – stimmt undifferenziert aus den verschiedensten Gründen nicht mehr: Ökonomische Notwendigkeiten, veränderte Werthaltungen und anderes mehr sind dafür verantwortlich. Bei Erwerbstätigkeit beider PartnerInnen entstehen wiederum spezifische Belastungen und Reibungsflächen in den Familienbeziehungen.

Solidarität und Integration zwischen den Generationen haben auch neue Formen des Zusammenlebens zu berücksichtigen. Weiter sind die Belastungen stärker zu bedenken, die den Familien durch Betreuung der Alten, Arbeitslosigkeit von Angehörigen, behinderte Kinder, hohe berufliche Mobilitätserfordernisse, etc. erwachsen. Konkrete Hinweise auf einen manifesten Generationenkonflikt bieten diese Befunde allerdings nicht. Die bisherigen Betrachtungen erhärten, dass eine ausgewogene und sachangemessene Diskussion über Veränderungen und Neubestimmungen im so genannten »Generationenvertrag« notwendigerweise beide Seiten berücksichtigen muss – die öffentliche und die private. Es ist davon auszugehen, dass die in den letzten Jahren forcierte Klage über das Zerbrechen des Generationenvertrages im Wesentlichen die Frage nach der weiteren Leistungsfähigkeit des Umlageverfahrens auf der Basis der gegenwärtigen Finanzierungslogik betrifft.¹¹ Der bisherige Generationenvertrag stellt sich damit vor allem als sozialer Verteilungskampf dar.

11 Für pro und contra zum Umlageverfahren siehe Amann (2004, 81–86).

Die wichtigste Frage war und ist die nach den Bedingungen der Sicherung der menschlichen Existenz. Mit Blick auf das Alter gilt für moderne, industrialisierte Gesellschaften: Im Gegensatz zur früheren – grob gesprochen – feudalen Situation, in der die Altersvorsorge privat organisiert und verwirklicht wurde, verbunden mit all den Risiken individueller Willkür der Versorgenden, ist es für die industrialisierten westlichen Gesellschaften klar, dass das Alter grundsätzlich einen rechtlich standardisierten, finanziell garantierten und wohlfahrtsstaatlich legitimierten Status hat. Sicherung und Status des Alters hängen aufs engste mit der typischen Form kapitalistischer Produktionsweise und mit der Handlungslogik des wohlfahrtsstaatlich organisierten Zentralstaats zusammen. Zum Generationenvertrag gehört traditionell die öffentlich organisierte Versorgung in den Risikofällen von Krankheit, Alter und Pflegebedürftigkeit. Obwohl für die Alten Hilfe wie nie zuvor eine Leistung wurde, die zuverlässig erwartet werden konnte, seit der Wohlfahrtsstaat seine stärkste Ausfaltung zwischen den Sechziger- und Achtzigerjahren erfuhr, scheint nun in der jüngsten Zeit gerade die Sicherung der Leistungen erschüttert zu sein.

Mit der Frage der Verteilungskonflikte ist ein prinzipielles Problem verbunden. Es ist für die meisten Menschen, wenn nicht für alle – auch die so genannten Spezialisten –, schwierig geworden, zu erkennen, wer im Rahmen des Wohlfahrtsstaates und der vielfältigen fiskalischen Umverteilungsmechanismen Ressourcen anbietet und wer sie nimmt. Die wachsenden Schwierigkeiten, jene Ressourcen zu definieren und zu quantifizieren, die effektiv von einer sozialen Gruppe zu einer anderen verschoben werden, verschärfen immer mehr ein schon lange anstehendes Problem: Ein Kriterium zu finden, mit dessen Hilfe entschieden werden kann, welcher Anteil des Nationaleinkommens vom Staat zum Zweck einer effektiven Umverteilung einbehalten werden soll.

4. Nutzen und Leistung der Älteren

Die »Produktivität« der Älteren bzw. ihr Beitrag zur Gesellschaft ist ein prominentes Thema im sozialpolitischen Diskurs geworden.¹² Bisher wurde dieser »Beitrag« vor allem im Zusammenhang mit der Erwerbstätigkeit der Älteren, mit Vermögenstransfers und Vererbung abgehandelt.¹³ Ein Wirtschaftsdenken, das von der industriellen Produktion seinen Ausgang nahm und über diese die Produktivität bestimmte, wurde unter den eindimensionalen Blickwinkel der technischen Produktionsfunktion der industriellen Arbeit gezwungen. Was in der Gesellschaft zeitlich, sozial oder sachlich von dieser Normierung abweicht, fällt nach Wirtschaftlichkeitskriterien aus der Definition von Produktivität heraus und ist tendenziell unproduktiv. Am besten sichtbar ist dies wohl an der Tatsache, dass für alles, was als Dienstleistung gilt, *ein der industriellen Pro-*

12 Der entstehende fünfte Altenbericht (Bericht zur Lage der älteren Generation) der Deutschen Bundesregierung ist diesem Thema schwerpunktmäßig gewidmet.

13 Schon 1995 gab das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (1996) in Bonn eine Expertise in Auftrag. 1997 legte die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien eine Studie über Vermögen, Erben und Erbschaftssteuer in Österreich vor (Farny/ Gall/ Predl 1997).

duktion und Arbeit vergleichbares Maß fehlt, aus dem sich Art und Menge, Ort und Zeitpunkt der Leistungserbringung eindeutig ableiten ließe. Die so genannte »Dienstleistungsökonomie« müht sich an diesem Problem seit Jahren ab.¹⁴

Es gibt keine erwerbswirtschaftlichen Maßstäbe für die quantitative und vergleichende Erfassung des durch Dienstleistung erzeugten qualitativen Nutzens, der in der Form der technischen Produktionsfunktion abgebildet werden könnte. Vollends scheinen solche Berechnungen zu versagen, wenn es um die »Nutzenstiftung« im Bereich psychosozialer und therapeutischer Dienstleistungen geht (Offe 1983). Es fehlen Maßstäbe für den Umfang des zu befriedigenden Bedarfs, der häufig auf der Angebots- statt auf der Nachfrageseite definiert wird. In der Altenpflege ist es eine bekannte Tatsache, dass dort, wo entsprechende Angebote fehlen, Nachfrage nicht wirksam wird. Das sind die wichtigsten Gründe, weshalb etwa Sozialberufe häufig als wenig produktiv und private Haus- und Pflegearbeit, Kindererziehung, etc. als unproduktiv bezeichnet werden. Soziale Kompetenz, Verantwortungsbewusstsein, Einfühlungsvermögen, Liebe und Leidenschaft entziehen sich der ökonomischen Rationalität. Liebe, Freude, Leid und Trauer brauchen zudem Zeit – und die lässt sich nicht der ökonomischen Rationalität von Produktivität unterordnen.

Die rationalen Kriterien, die der kapitalistische Betrieb für die Nutzung und Kontrolle der Arbeitskraft in der Warenproduktion entwickelt hat, lassen sich nicht auf »Generationenarbeit« übertragen – also auf die Weitergabe von Wissen, das Abarbeiten von Konflikten, psychische und emotionale Unterstützung, etc. – alles, was in die Beziehungen zwischen Eltern, Kindern und Kindeskindern eingespannt ist. Deshalb bleiben auch die meisten Versuche Stückwerk, anhand von Stunden und Stundensätzen Wertschöpfungen, z. B. aus der ehrenamtlichen Tätigkeit der Alten, zu berechnen. Sie vermögen den konkret erzielten vollen Nutzen – also eine umfassende soziale Produktivität – nicht abzubilden. Von der privaten Pflegearbeit, der Enkelbeaufsichtigung, oder den von den Alten unternommenen Bemühungen zur Aufrechterhaltung kultureller Traditionen und der Weitergabe von Lebenserfahrungen gar nicht zu reden. Hier zeigen sich die Grenzen des Versuchs, die Welt in Geldflüssen zu messen. An diesen Grenzen stehen zu bleiben, ist den Fragen, die sich aus dem Altern ergeben, unangemessen.

Lässt sich eine weitere Perspektive denken, die dem Rentabilitätsdenken nicht so gleich erliegt? Für eine geeignete Antwort muss etwas weiter ausgeholt werden (Amann 2004, 108–111, Jonas 1979). Dass wir sterben müssen, ist mit dem Geborenwerden verbunden. Das setzt Jugend und Alter immer in eine Beziehung des Nachbildens und des Abgehens. Die Veränderungen der letzten hundert Jahre veranlassen uns, den Sinn dieses Zusammenhangs im Raum der Entscheidungen zu überdenken. »Gebürtigkeit« (ein Ausdruck von Hannah Arendt) und Sterblichkeit sind mit dem Versprechen des Anfangs, der Unmittelbarkeit und dem Eifer der Jugend verbunden, zusammen mit einer ständigen Zufuhr an Andersheit, die nachbildet. Dafür gibt es in unserer Welt keinen

14 Die Arbeit von Maleri (1973) zeigte relativ früh und sehr deutlich, in welche Schwierigkeiten eine primär ökonomisch-betriebswirtschaftliche Sichtweise angesichts solcher Fragestellungen gerät.

Ersatz. So weit hat etwa Hans Jonas (1979, 47–49) schon vor Jahrzehnten gedacht. Doch das Gegenstück wurde bisher noch nicht erkannt: dass das Abgehen ebenfalls mit einem Versprechen verbunden ist. Das Alter gibt für die Nachkommen das Modell ab, wie sie entweder selbst werden können bzw. wollen, oder aber nicht werden wollen oder sollen. Alle, die älter werden, haben ihren Spiegel in denen, die schon alt geworden sind. Aus ihm stammen ihre Ängste und ihre Hoffnungen, ihre Praktiken und ihre Ideologien. Auch dafür gibt es in der Welt keinen Ersatz. Kinder gehen zu Eltern in Opposition, sie lösen sich von ihnen ab. Ohne diesen Prozess könnten sie nicht »erwachsen« werden. Im großen Maßstab sind die nachrückenden Generationen immer wieder neu. Sie sind in anderen Zeiten aufgewachsen, sie legen sich ihre Welt selbst zurecht – doch niemals ohne den Blick auf das, was ihnen vorausgegangen ist. Dabei ändern sich die konkreten Formen. Im Zusammenhang mit dem Lernen von anderen Generationen wurden bisher die geistigen und seelischen Dimensionen zu wenig beachtet.

Alle Generationen, die heranwachsen, haben auch die materielle Welt derer vor sich, die vor ihnen gelebt haben und noch leben. In den letzten Jahren ist das Argument aufgetaucht,¹⁵ die Alten hinterließen den Jungen eine verwüstete und ausgebeutete Welt, sie handelten ohne Rücksicht auf die nachfolgenden Generationen. Auch hier muss zum besseren Verständnis der Blick weiter zurück gerichtet werden. Die Schädigung der Umwelt in ihrer modernen Form gibt es seit über 200 Jahren. Umweltschädiger sind fast alle und die großen Entscheidungen, die zu Lasten der Umwelt gehen, werden immer von jenen getroffen, die im Vollbesitz der wirtschaftlichen und politischen Macht sind – das sind nie die »Alten« zu einem jeweils gegebenen Zeitpunkt. Hier ist es wichtig, in angemessenen Zeitdimensionen zu denken: Was in unserer wissenschaftlich-technischen Zivilisation der Natur und den Menschen an Verletzungen und irreparablen Schäden angetan wird, liegt in der Verantwortung der gesamten Gesellschaft und ist vor allem eine Folge dessen, was als Fortschritt missverstanden wurde und immer noch wird.

Es gibt also einen zwingenden Anlass, sich auf eine Verantwortungsethik zu besinnen, die weit voraus greift. Der unverrückbare Kern aller Verhältnisse aber ist das gegenseitige Aufeinander-Verwiesen-Sein. Zu dem, was die ständige Neugestaltung der Welt heißen kann, tragen die Jungen im Eifer für ihre Zukunft bei, und die Alten durch das, was sie sind, und woran die Jungen ihre eigenen Entwürfe zustimmend oder ablehnend orientieren. »Produktivität« gilt in dieser Perspektive für jedweden Beitrag der verschiedenen Generationen zur Gestaltung der Welt: Jener der Alten ist um nichts geringer als jener der Jungen. Und ob jemandes Beitrag besser oder schlechter sei, das zu beurteilen erfordert zunächst einmal gesellschaftlich verbindliche Beurteilungskriterien, die auf das Ziel einer besseren Gesellschaft ausgerichtet sind: Derartige Kriterien sind aber weit und breit nicht zu sehen. Werden die Alten aus der Gesellschaft abgedrängt, wie es Mode geworden ist, wird das Prinzip des Aufeinander-Verwiesen-Seins als wesentliches Merkmal von Gesellschaft verneint.

15 Einer der ersten, der dieses Thema im Rahmen der Altersdiskussion behandelt hat, ist Gronemeyer (1991).

In einer solchen weiten Perspektive lässt sich sinnvoller von »Produktivität« sprechen. Sie hat materielle, soziale, emotionale, geistige und instrumentelle Seiten, sie entwickelt und verändert sich im Zeitverlauf. Produktivität ist aus der Sicht der einzelnen Menschen und jener der ganzen Gesellschaft zu interpretieren. Manche Aspekte sind in Geld zu messen, andere nicht. Vieles entzieht sich der Öffentlichkeit, bleibt unsichtbar und wird doch geleistet. Wenn in Rechnung gestellt wird, dass wir über die materiellen Beiträge der Alten für die Gesellschaft nur wenig auf breiter Basis Fundiertes wissen – von ihren sozialen, instrumentellen (praktische Hilfen und Arbeit im Alltagsvollzug) und emotionalen Leistungen etwas mehr, von ihren geistig-kulturellen Vermittlungsleistungen so gut wie gar nichts – dann stellt sich die Frage, wovon wir jeweils sprechen: von Realitätsausschnitten, Teilwissen oder ständig veralteten Informationen. Genaueres Hinsehen könnte hilfreich sein (Amann, 2004, 110).

Aus ökonomischer Sicht stellen Arbeitsleistungen, Erbschaften, Schenkungen und private Geldtransfers ebenso wie der Konsum finanzielle Ströme dar. Das Problem ist, dass diese finanziellen Ströme nicht angemessen erfasst und dokumentiert sind, weshalb sich mit Erfolg so unangemessen darüber reden lässt. Aus psychologischer, pädagogischer und soziologischer Sicht tragen Kinderbetreuung, freiwillige Tätigkeit, private Altenpflege (ein Drittel aller Pflegenden sind über 65 Jahre alt [Künemund 2000, 287]), Besuche, Anrufe und all die unzähligen sozialen Aktivitäten der Alten dazu bei, die sozialen und kulturellen Aufgaben der Gesellschaft ständig weiterzuentwickeln und zu erneuern. Sie dienen nicht nur der Unterstützung und der Entlastung der Jungen, sondern auch der Auseinandersetzung und dem Konflikt, der eigenen Orientierung und Selbstbestimmung. Um überhaupt sagen zu können: »*So, wie meine Eltern mich erzogen haben, werde ich meine Kinder nicht erziehen*«, müssen diese Alten, welche dann mit Gegenmodellen der Jugend konfrontiert werden, erst einmal ihre eigene Form der Lebenspraxis entwickelt haben.

Nur im Zeitvergleich wird offenbar, was sich verändert. Geläufig ist inzwischen die Vorstellung, dass die Alten nie zuvor in einer so guten körperlichen, seelischen und geistigen Verfassung sowie medizinisch so gut versorgt, materiell abgesichert und so aktiv waren wie heute. Sie haben ein höheres Bildungsniveau, sind flexibler und setzen sich mit ihrer Umwelt mehr auseinander. Solche Tendenzen fallen zusammen mit der erheblich verlängerten nachfamiliären und nachberuflichen Phase, die 20 oder 30, für eine kleine Gruppe sogar 40 Jahre dauern kann. Diese Phase ergibt sich aus der »Entberuflichung des Alters«, also aus der seit den Siebzigerjahren im früheren Alter beendeten Berufstätigkeit, sowie aus der gestiegenen Lebenserwartung. Die Zunahme an Ressourcen und Kompetenzen und die erheblich verlängerte berufsfreie Lebenszeit ermöglichen mehr Aktivitäten. Daraus ist schließlich die Diskussion über die Frage entstanden, ob und wie die personellen und zeitlichen Ressourcen der Alten gesellschaftlich genutzt werden sollen: Es geht um die nicht ganz unstrittige Frage, ob die Alten einen Eigenbeitrag im Belastungsgefüge der Generationen leisten *müssen*. Dies ist der Punkt, an dem in der empirischen Forschung die »Produktivität des Alters« zum Thema wird. Dass die an der Erwerbsarbeit orientierte Vorstellung von Produktivität dafür nur von sehr begrenztem Nutzen ist, wurde oben bereits geklärt.

Hans Peter Tews (1996) hat aufgrund von Forschungsergebnissen folgende Formen der Produktivität unterschieden. Die *individuelle Produktivität* besteht im zielstrebigen Aufrechterhalten der eigenen Unabhängigkeit und Selbständigkeit, in der größeren Verantwortung gegenüber sich selbst. Das hat nichts mit Egozentrismus und Verantwortungsabwehr gegenüber der Gesellschaft zu tun, wie manche meinen. *Individuelle Produktivität* ist vielmehr ein klarer Beitrag zur Minderung der Belastung der Gesellschaft im Allgemeinen und der Belastung des näheren persönlichen Umfeldes im Besonderen.

Die *intergenerationelle und intragenerationelle Produktivität* umfasst die inner- und außerfamiliären Austauschbeziehungen zwischen Alten und Jungen sowie innerhalb der Gruppe der Alten. Diese Form von Produktivität äußert sich in sozialer, materieller, geistiger und emotionaler Unterstützung und stellt einen unverzichtbaren Stabilitätsfaktor für die praktische Sozialpolitik dar. Es überrascht nicht, dass eine primär wirtschaftlich orientierte Denkweise, die auf Kosten-Nutzen-Fragen konzentriert ist, diesen Beitrag bisher nicht annähernd zu würdigen weiß.

Die *Umfeldproduktivität* bezeichnet besonders die freiwilligen, ehrenamtlichen Tätigkeiten, ohne die viele gesellschaftliche Einrichtungen nicht funktionsfähig wären. Dass sich in diesem Bereich projektförmige, sachlich und zeitlich begrenzte Formen des Engagements gegenüber dauerhaften Verbindlichkeiten immer mehr durchsetzen und von den Alten gewünscht werden, zählt zu den sich wandelnden Vorstellungen der älteren Menschen über Verpflichtungen, die einzugehen sie bereit sind. Entsprechende Förderstrategien können zu weiterer Partizipation der Alten führen, das Potenzial ist bei weitem noch nicht ausgeschöpft.

Schließlich bezieht sich die *gesellschaftliche Produktivität* auf die Selbstorganisation der Alten und auf deren politischen und kulturellen Einfluss. Seniorenengenschaften und Bürgerbüros sind Beispiele für eine Entwicklung, die in Zukunft verstärkt werden muss.

Außerdem sind in der Diskussion über die Produktivität des Alterns die Begriffe *Potenziale* und *Ressourcen des Alter(n)s* bedeutsam. Es dominiert jedoch eine höchst unterschiedliche Verwendungsweise dieser Begriffe. Teilweise hängt dies mit den Konzeptualisierungen zusammen, teilweise mit Problemen der Operationalisierung im Rahmen empirischer Untersuchungen. Es könnte daher hilfreich sein, zum Schluss einige Vorschläge zur Begriffsklärung zu machen.

Der weiteste Begriff, unter den alle menschlichen Aktivitäten in dieser Diskussion gestellt werden können, ist jener des *Beitrags* von Menschen für die Gestaltung und Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben und Entwicklungen. Auch individuelle Entwicklungen und Aufgaben zählen dazu. Dieser Zusammenhang zwischen Beitrag und Aufgabe kann als *Nutzenstiftung* verstanden werden, die den Adressaten der Tätigkeiten zugute kommt. Da diese Nutzenstiftungen intern und extern sein können, ist zwischen *Autoproduktivität* und *Heteroproduktivität* zu unterscheiden. Autoproduktivität wird im Regelfall nicht (direkt) monetär messbar sein, Heteroproduktivität kann dies in vielen Fällen sein, in manchen aber auch nicht. *Potenziale* sind aktualisierte und latente Möglichkeiten. Sie finden sich auf Seiten der Individuen und auf Seiten der Gesellschaft. Es

ließe sich daher zwischen *Individualpotenzialen* und *Strukturpotenzialen* differenzieren. Potenziale sind *Ressourcen* ähnlich. Letztere sind Gegebenheiten und Voraussetzungen, die von den Individuen entweder genutzt oder nicht genutzt werden. In der Forschung über Lebensqualität ist dies eine geläufige Konzeption.

Autoproduktivität verdient besondere Aufmerksamkeit. Aus psychologischer Perspektive kann schon die (oft nicht einfache) Anpassung an spezifische Umstände (etwa Verluste oder Lebensereignisse) als produktiv bezeichnet werden. Dies ist eine bedeutende Dimension der Produktivität, weil sie jenen Bereich von Aktivitäten umfasst, welche die individuelle Nutzenstiftung unmittelbar betreffen, deren gesellschaftliche Effekte aber schwer zu erkennen und zu messen sind. Darunter fällt z. B. alles, was zur Aufrechterhaltung der eigenen Unabhängigkeit und Selbständigkeit beiträgt. Es ist dies die von Hans Peter Tews so bezeichnete *individuelle Produktivität*. Ihr gesellschaftlicher Effekt liegt in der Reduktion eigener, vor allem aber gesellschaftlicher Investitionen für die Korrektur oder Linderung von Schädigungen.

Für ungenutzte Potenziale oder Ressourcen gilt, dass

- jemand über sie verfügt, sie aber aufgrund der Rahmenbedingungen nicht nutzen kann;
- jemand sie hat (aktualisiert), diese aber gesellschaftlich nicht anerkannt werden;
- viele vorhanden sind, sie aber gesellschaftlich nicht genutzt werden und
- diese vorhanden sind, aber die Menschen zu ihrer Aktualisierung nicht motiviert werden können (diese Ausprägung stellt einen Sonderfall der erstgenannten dar).

Diese Begriffsbestimmungen könnten möglicherweise dienlich sein, die Produktivitätsfrage aus ihrer engen Perspektive herauszuheben.

5. Ungewisse Zukunft – mögliche Szenarien des Alters¹⁶

Der Alltag der alten, nicht mehr erwerbstätigen Menschen scheint vom ökonomischen System, dem die beruflich Aktiven so sehr unterliegen, überhaupt entkoppelt. Bei genauerem Hinsehen wird deutlich, dass aber auch hier noch die konkrete Organisation des individuellen Alltags nach den Machtverhältnissen des ökonomischen und politischen Systems erfolgt. Im Übergang von der beruflich aktiven in die beruflich inaktive Phase verschiebt sich das relative Gewicht. Wohlfahrtsstaatliche Regelungen bekommen die Oberhand gegenüber den Imperativen des Beschäftigungssystems und den externen Anforderungen der Berufswelt, sie werden für die Alten zum Rahmen ihrer materiellen Existenz. Doch die Arbeitswelt wirkt nach: unterbrochene Erwerbstätigkeit, niedrige Einkommen, belastende Arbeit, Prozesse erlernter Hilflosigkeit schmälern Pension und Gesundheit, Kaufkraft und Aktivitätsvermögen. Mittelbar sind auch die sozialen Beziehungen betroffen, indem durch den Wegfall der Kontakte zu den ehemaligen ArbeitskollegInnen das gesamte soziale Netz dünner wird. Wenige andere Befunde sind in der Altersforschung so gut dokumentiert wie die eben genannten.¹⁷

¹⁶ Die folgenden Überlegungen werden in Amann (2004, Kap. 3.2) ausführlicher dargestellt.

¹⁷ Vgl. die schon ältere Literaturdokumentation von Thürkow (1981).

Seit den Neunzigerjahren werden Entwicklungen in Bezug auf die künftige Situation der alten Menschen zunehmend auch unter dem Blickwinkel erheblicher Veränderungen bisheriger »Selbstverständlichkeiten« gesehen. Darunter fallen kritische Einschätzungen über die Rolle der Pensionssicherung, über die Logik des Verhältnisses zwischen Erwerbsphase und erwerbsfreier Lebenszeit, über die gesamte Entwicklung der materiellen Lage, über die (noch) funktionierenden Generationenverhältnisse und die gesellschaftliche Bewertung des Alters. Aus der einschlägigen Literatur, die diesen Themen Aufmerksamkeit geschenkt (Deutsches Zentrum für Altersfragen 1987, Findl/Holzmann/ Münz 1987, Gaullier 1988) und später mancherlei Präzisierungen erfahren hat (z. B. Naegele/ Tews 1993), lassen sich zumindest grob und in gewollter Pointierung drei unterschiedliche Szenarien ableiten. Jedes kann aufgrund von Forschungsbefunden eine gewisse Plausibilität beanspruchen. Sie beziehen sich auf ein fundamentales Problem: den Widerspruch zwischen einer tradierten politischen Logik für die Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse und der Anforderung, neue Probleme im Wissen darüber zu meistern, dass sich diese der alten Logik nicht mehr fügen werden.

Erstes Szenario – Der Kampf aller gegen alle

Konflikte zwischen gesellschaftlichen Großgruppen werden sich verschärfen, weil die bisherigen Umverteilungslogiken mit ihren oben erwähnten Rahmenbedingungen einer mangelnden Koppelung zwischen Beschäftigungs-, Sicherungs- und Besteuerungssystem versagen werden. Die lebensnotwendigen und die Lebensqualität bewahrenden Ressourcen werden immer knapper. Eine im Verhältnis zu den nicht Berufstätigen abnehmende Zahl beruflich Aktiver wird dazu führen, dass die Kosten für das Sozial- und Gesundheitswesen ständig steigen. Die gesamte Sozialquote (Anteil der staatlichen Sozialausgaben am Brutto-Inlandsprodukt) wird ebenso in die Höhe getrieben wie die Sozialausgaben für die Alten, inklusive der Pensionen (Findl/ Holzmann/ Münz 1987, 76–84). Dies ist eine wesentliche Konsequenz aus dem Zusammenspiel einer erfolglosen Beschäftigungspolitik, die sich in steigender Arbeitslosigkeit und sinkenden Lohnniveaus niederschlägt, einem verbissenen Festhalten am traditionellen Besteuerungssystem, das extrem knapper werdende dauerhafte und gut bezahlte Erwerbsarbeit für die meisten Erwerbstätigen besteuert, und der Machtlosigkeit nationalstaatlicher Politik gegenüber Globalisierungseffekten: Letzteres hat zur Folge, dass der »Standortkampf« immer zu Lasten der Arbeitenden und damit indirekt auch zu Lasten der nicht mehr Erwerbstätigen geführt wird (Altvater/ Mahnkopf 1997, Schmidt 1998).

Um die deutlich gestiegene Sozialquote zu finanzieren, sind drastische Sparmaßnahmen notwendig, die zu einer schmerzhaften Herabsetzung von Bemessungsstandards für Arbeitslosenleistungen und Pensionshöhe, zu einer rigorosen Prüfung der individuellen Leistungsvoraussetzungen in der Sozialhilfe und allgemein zu einem wesentlich verschärften Verteilungskampf führen werden. Budgetkürzungen werden sukzessive eine Verringerung aller Sozialleistungen und damit ein beträchtlich niedrigeres Renten- und Sozialhilfeniveau zur Folge haben: Der traditionelle Generationenvertrag wird nahezu aufgelöst sein. Die bis dahin politisch forcierte weit verbreitete private Altersvorsorge wird Gräben materieller Ungleichheit aufgerissen haben, weil sich viele

diese Vorsorge gar nicht oder nur in sehr begrenztem Maße werden leisten haben können. Familien und Kinder werden überfordert. Begleitet von Individualisierungs- und Isolierungsprozessen (z. B. Zunahme der Ein-Personen-Haushalte und wachsende berufliche Mobilität) wird die Entfremdung zwischen den Generationen immer größer werden und zu einem wölfischen Kampf um die verbleibenden Ressourcen führen. In diesem Kampf werden die Alten wegen ihrer schlechten Verankerung in Interessenvertretungen und deutlich fehlender Lobby-Möglichkeiten nur wenige Durchsetzungschancen haben. Die den Alten zugeschriebene »latente« Macht, die sie aufgrund der Teilnahme an demokratischen Wahlen angeblich haben, wird hier kaum zu Buche schlagen, da der »Wählerwille« nicht direkt umgesetzt wird.

Begleitet wird dieser Prozess von einer zunehmenden Infantilisierung und Entmündigung der Älteren im Interesse sich ausweitender sozialer Kontrolle. Diese Entwicklung wird in Ansätzen schon über die Auswirkungen von Jugend- und Leistungswahn, die Beschneidung medizinischer Leistungen für die Alten¹⁸ und einen ideologischen Zugriff auf Möglichkeiten ihrer »gesellschaftlichen Verpflichtung« sichtbar. Der zahlenmäßig geringe Nachwuchs der unter 14-Jährigen (vielleicht 12–14 Prozent Anteil an der Gesamtbevölkerung) und seine Zukunft werden zum begehrten Objekt der Gesellschaftspolitik und ideologisch zum Kultinhalt einer sich als vergreisend erlebenden Gesellschaft werden. Die Folge ist eine ideologische Polarisierung zwischen Jüngeren und Alten auf der einen Seite und eine materielle Polarisierung zwischen der Mehrheit der Alten und einer kleinen, reichen Minderheit unter den Alten (z. B. Dieck/Naegele 1993) auf der anderen Seite. Die heute bestehenden Differenzen zwischen Frauen und Männern sowie zwischen materiellen GewinnerInnen und VerliererInnen werden horrend anwachsen. Die Erwerbsarbeitszentriertheit als wesentliche Grundlage der sozialen Sicherung wird so brüchig werden, dass im Gegenzug Schattenarbeit, ausbeuterische Heimarbeit, Kurzarbeit und willkürlich variable Arbeitszeit normal werden. Zu dieser »Normalität« wird gehören, dass Menschen bis ins höchste Alter werden arbeiten und Arbeit suchen müssen – und zwar unter allen Bedingungen, weil die materielle Basis vielen nicht einmal mehr ein bescheidenes Leben erlauben wird. Was heute als Chancen, Freiheiten und Selbstbestimmungsmöglichkeit des Alters gilt, kann dann nur noch als Illusion erfahren werden.

Zweites Szenario – Weniger Ungleichheit und wertgeschätztes Alter

In diesem Szenario wird das Alter der Zukunft ein »positives Alter« sein, weil es vor allem im psychosozialen Bereich deutliche Verbesserungen geben wird. Dem Staat gelingt es, über qualitatives Wachstum, Erschließen neuer Arbeitsplätze im Umweltschutzbereich, die Eindämmung von Schattenarbeit sowie eine eklatant bessere Umverteilung jene Mittel aufzubringen, die eine Finanzierung des aktuellen Sozialsystems auch künftig gewährleisten können. Der »Fahrstuhleffekt«, der die Klassengesellschaft insgesamt

18 Vor einigen Jahren wurde in Großbritannien bereits eine Altersobergrenze für die Gewährung von Dialyse und Organtransplantation diskutiert. Reale Entwicklungen sind in diesen Bereichen aufgrund fehlender Untersuchungen kaum nachzuvollziehen.

eine Etage höher gefahren, also zwar die allgemeine Wohlfahrt gehoben, die Ungleichheitsrelationen aber nicht verändert hat (Beck 1986, 124), wird großteils bewahrt werden können. Voraussetzungen dafür werden u. a. die deutliche Reduktion der Arbeitslosigkeit, der Übergang von einer konservativen zu einer flexiblen Budgetpolitik,¹⁹ die Eindämmung der Staatsschulden und die bessere Integration von wesentlich mehr jungen AusländerInnen sein.

Das Grundgerüst für dieses Szenario ist ein völlig neues Solidaritätskonzept. Die Konkurrenzbeziehungen alter intergenerationeller Prägung werden abgeschwächt, da die »neuen Alten« wegen Lern- und Reifungsprozessen und einer externen Unterstützung ihrer Fähigkeiten und Bedürfnisse ein selbstgewähltes, bewusstes und damit zufriedeneres Altern erleben. Damit werden sie einen zwar späten, aber äußerst wichtigen, außerhalb der Erwerbswelt realisierbaren Beitrag für die gesamte Gesellschaft leisten. Diese Zukunft bringt eine veränderte Gesellschaft mit geänderten Altersbildern, weil in einer nunmehr endlich aufgeklärten Gesellschaft nicht nur die Alten die allen nützliche Selbstbescheidung praktizieren. Die dafür nötigen Lernprozesse werden die Fähigkeiten umfassen, Widersprüche im Leben zu ertragen und auszugleichen, Unsicherheit zu tolerieren und die eigene Existenz zu bejahen. Der Gedanke eines »produktiven« Generationenverhältnisses in einem umfassenden Verständnis gesellschaftlicher Solidarität wird Realität geworden sein.

Drittes Szenario – Das reformierte Alter

Dieses Szenario ist empirisch am wahrscheinlichsten, da es weder einem negativ noch einem positiv überzeichneten Mythos eines künftigen Alters zu sehr verpflichtet ist. Die Generationenbeziehungen werden – auch für die Alten – sehr wichtig bleiben, sich allerdings qualitativ doch deutlich verändern. Heutige Lebensstile mit größeren Möglichkeiten für frei gewählte soziale Kontakte und Aktivitäten zeichnen gewissermaßen die Struktur der zukünftigen Verhältnisse vor. Dies gilt auch für eine dann möglicherweise überwundene negative Bewertung jener Beziehungen, die sich bisher vor allem aus extremen materiellen, emotionalen oder sozialen Abhängigkeiten ergeben haben. Der heute sichtbare Verlust traditioneller Beziehungsformen und Bindungen, die sich gegenwärtig bei den Älteren noch weit überwiegend als familienzentriert darstellen, wird von neuen, freier gewählten und gelebten Beziehungen kompensiert worden sein. Die unvermeidlichen Kosten der gesamten sozialstaatlichen Versorgung werden aufgrund geeigneter politischer Entscheidungen (vor allem Umbau des Sozialsystems, erfolgreiche Beschäftigungspolitik sowie gewährte nationalstaatliche Autonomie gegenüber der fortgeschrittenen Globalisierung) weniger rasch wachsen: Dies macht es möglich, die notwendigen Nachjustierungen im sozialen Sicherungssystem kontinuierlich vorzunehmen. Die strenge Trennung zwischen aktiver und inaktiver (Berufsarbeits-) Zeit wird verwischt.

19 Die Grundannahme einer flexiblen Budgetpolitik lautet, dass eine vollständige Transferierbarkeit frei werdender Mittel und zu vernachlässigende Fixkosten in einzelnen Ausgabenbereichen vorausgesetzt werden müssen. In der Praxis hieße das, dass z. B. ein Absinken der SchülerInnenzahlen zu einer proportionalen Kürzung der Ausgaben im Bildungsbereich führt. Das scheint gegenwärtig eine eher unrealistische Annahme zu sein.

Die Zukunft des Alters bringt auch eine Aufwertung der informellen Ökonomie im Alter, also aller möglichen entgeltlichen Tätigkeiten außerhalb formeller Erwerbsarbeit. Im Vergleich zum früheren regulierten und auf verlässliche Übergänge aufgebauten Lebensverlauf wird Unsicherheit um sich greifen. Die wesentliche Veränderung betrifft die teilweise Absage an das bisherige System, das rigide zwischen »erwerbstätig« und »nicht (mehr) erwerbstätig« gemäß den gängigen arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen unterscheidet und alle Abweichungen vom Idealmodell so behandelt, dass doch sehr oft Einkommenskürzungen und Leiden daraus entstehen. Alte Menschen werden versuchen müssen, ihr Pensionseinkommen aufzubessern, um ihren Lebensstandard zu halten: Sie werden daher Tätigkeiten nachgehen, die auf dem Arbeitsmarkt entweder zu hohen Preisen und/ oder aus Mangel an qualifizierten Kräften selten oder gar nicht angeboten werden. Diese Tätigkeiten werden der Berufsarbeit in Bezug auf gewisse Fertigkeiten, Ausbildung und Fähigkeiten sehr ähnlich sein, und zunehmend die Zeit vor und nach der Pensionierung ausfüllen. Das alte Prinzip der Erwerbsarbeitszentriertheit wird seine Bedeutung verloren haben. In groben Zügen zeichnet das dritte Szenario das Bild einer altersbejahenden Gesellschaft.

Szenarien vereinfachen – ähnlich wie Idealtypen – bewusst, um einzelne Merkmale zu überzeichnen und auf alternative Optionen aufmerksam zu machen. Dabei werden – anders als bei einer Prognose – der Ort, der Zeitpunkt und die Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines Ereignisses nicht bestimmt. Somit bleibt Raum für einige korrigierende Bemerkungen. Eine verlässliche Verbesserung der Situation älterer Arbeitskräfte und PensionistInnen mit geringen Anspruchsvoraussetzungen für Arbeitslosengeld und Pensionszahlungen zeichnet sich in keinem europäischen Land ab. Die Entwicklung dürfte eher in die Richtung von Kürzungen solcher Leistungen gehen. Die Tendenzen des dritten Szenarios sind deshalb einigermaßen plausibel.

Alle einschlägigen Analysen zu den Auswirkungen der Sozialpolitik auf ältere Arbeitskräfte und PensionistInnen weisen darauf hin, dass sich die dominierenden sozialpolitischen Konzepte im Zeitverlauf verändern können: Weder die Fahrt in die Einbahnstraße des Kampfes aller gegen alle noch das selbstzufriedene Aufrechterhalten bisheriger Niveaus sind daher unter den gegebenen Bedingungen einigermaßen plausibel. Das erste und zweite Szenario sind auch deswegen mit Vorsicht zu betrachten. Die in öffentlichen Diskussionen vorherrschenden Tendenzen, zwischen einem überwiegend positiv und einem überwiegend negativ gefärbten Alter zu unterscheiden, können grundsätzlich auch als eine Konkurrenz um Leitbilder interpretiert werden. Diese werden in Zukunft, je nach einseitiger Betonung, die Ausgestaltung der Szenarien erheblich mitgestalten.

Literatur

Altwater, Elmar/ Mahnkopf, Brigitte (1997) *Grenzen der Globalisierung*. Münster (2. Auflage).

Amann, Anton (2000a) (Hg.) *Kurswechsel für das Alter*. Wien.

Amann, Anton (2000b) *Sozialgerontologische*

Forschung in Österreich. In: Bundesministerium für Soziale Sicherheit und Generationen (Hg.) *Ältere Menschen – Neue Perspektiven. Seniorenbericht 2000: Zur Lebenssituation älterer Menschen in Österreich*. Wien, 507–530.

- Amann, Anton (2003) *Soziologie des Alter(n)s – Einige Forschungsergebnisse*. In: Böhmer, Franz/ Rhomberg, Hans Peter/ Weber, Erwin (Hg.) *Grundlagen der Geriatrie*. Wien, 53–60.
- Amann, Anton (2004) *Die großen Alterslügen. Generationenkrieg, Pflegechaos, Fortschrittsbremse?* Wien.
- Baltes, Paul/ Mittelstraß, Jürgen (1992) (Hg.) *Zukunft des Alterns und gesellschaftliche Entwicklung*. Berlin/ New York.
- Beck, Ulrich (1986) *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a. M.
- Brunkhorst, Hauke (1997) *Solidarität unter Fremden*. Frankfurt a. M.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (1996) *Transferleistungen von Älteren*. Bonn.
- Bundesministerium für Soziale Sicherheit und Generationen (2000) (Hg.) *Ältere Menschen – Neue Perspektiven. Seniorenbericht 2000: Zur Lebenssituation älterer Menschen in Österreich*. Wien.
- Clemens, Wolfgang (1993) *Soziologische Aspekte eines Strukturwandels des Alters*. In: Naegele, Gerhard/ Tews, Hans Peter (Hg.) *Lebenslagen und Strukturwandel des Alters. Alternde Gesellschaft – Folgen für die Politik*. Opladen, 61–81.
- Coale, Ansley (1973) *The Demographic Transition Reconsidered*. In: International Population Conference, IWSSP, Vol. 1. Liège.
- Deutsches Zentrum für Altersfragen (1987) (Hg.) *Die ergraute Gesellschaft*. Berlin.
- Dieck, Margret/ Naegele, Gerhard (1993) *»Neue Alte« und soziale Ungleichheiten – vernachlässigte Dimensionen in der Diskussion des Altersstrukturwandels*. In: Naegele, Gerhard/ Tews, Hans Peter (Hg.) *Lebenslagen und Strukturwandel des Alters. Alternde Gesellschaft – Folgen für die Politik*. Opladen, 43–60.
- Dierl, Rainer (1989) *Zwischen Altenpflegeheim und Seniorenstudium: Alter als Zeitungsthema*. In: Forum 11. Köln.
- Donicht-Fluck, Brigitte (1994) *Bilder des Alters in den USA im 20. Jahrhundert und ihr Einfluss auf die amerikanische Altenbildung und Alten-(Sozial)Politik*. Berlin.
- European Commission (2002) *European Social Statistics: Income, Poverty and Social Exclusion*. 2nd report. Luxembourg.
- Farny, Otto/ Gall, Franz/ Predl, Margit (1997) (HgInnen) *Vermögen, Erben und Erbschaftssteuer in Österreich*. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft, Nr. 63. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.
- Felderer, Bernhard/ Sauga, Michael (1988) *Bevölkerung und Wirtschaftsentwicklung*. Teil I. Frankfurt a. M./ New York.
- Fetscher, Iring (2003) *Individualisierung versus Solidarität*. Wien.
- Findl, Peter/ Holzmann, Robert/ Münz, Rainer (1987) *Bevölkerung und Sozialstaat*. Wien.
- Gaullier, Xavier (1988) *La deuxième carrière*. Paris.
- Gronemeyer, Reimer (1991) *Die Entfernung vom Wolfsrudel. Über den drohenden Krieg der Jungen gegen die Alten*. Frankfurt a. M.
- Hondrich, Karl-Otto/ Koch-Arzberger, Claudia (1992) *Solidarität in der modernen Gesellschaft*. Frankfurt a. M.
- Horn, Michaela/ Naegele, Gerhard (1976) *Gerontologische Aspekte der Anzeigenwerbung*. In: Zeitschrift für Gerontologie, Nr. 9, 63–72.
- Jahrbuch (2003) *Die Welt in Zahlen, Daten, Analysen* (»Spiegel-Jahrbuch«). München.
- Jonas, Hans (1979) *Das Prinzip Verantwortung*. Frankfurt a. M.
- Künemund, Harald (2000) *»Produktive« Tätigkeiten*. In: Kohli, Martin/ Künemund, Harald (Hg.) *Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey*. Opladen, 277–317.
- Kytir, Josef (2003) *Die demographische Revolution und die Langlebigkeit*. In: Rosenmayr, Leopold/ Böhmer, Franz (Hg.) *Hoffnung Alter. Forschung, Theorie, Praxis*. Wien, 131–144.
- Majce, Gerhard (2003) *Generationenbeziehungen: Eine Chance für die Zukunft*. In: Rosenmayr, Leopold/ Böhmer, Franz (Hg.) *Hoffnung Alter. Forschung, Theorie, Praxis*. Wien, 173–193.
- Maleri, Rudolf (1973) *Grundzüge der Dienstleistungsproduktion*. Berlin/ Heidelberg/ New York.
- Naegele, Gerhard/ Tews, Hans Peter (1993) (Hg.) *Lebenslagen und Strukturwandel des Alters. Alternde Gesellschaft – Folgen für die Politik*. Opladen.
- Offe, Claus (1983) *Arbeit als Schlüsselkategorie?* In: Matthes, Joachim (Hg.) *Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982*. Frankfurt a. M./ New York, 38–65.
- Pensionistenverband Österreichs (2002) (Hg.) *Zahlen, Daten, Fakten*. Wien.
- Peterson, Peter (1999) *Gray Dawn. How the*

- Coming Age Wave Will Transform America – and the World.* New York/ Toronto.
- Schachtner, Christel (1990) *Altern – Zwischen Abschied und Aufbruch.* In: Schmidthals, Oliver (Hg.) *die grauen kommen. Chancen eines anderen Alters.* Bamberg, 223–236.
- Schirrmacher, Frank (2004) *Das Methusalem-komplot.* München.
- Schmäh, Winfried/ Fachinger, Uwe (1996) *Einkommen und Vermögen älterer Haushalte. Anmerkungen zur heutigen Situation und zur künftigen Entwicklung.* In: Farny, Dieter/ Lütke-Bornefeld, Peter/ Zellenberg, Gertrud (HgInnen) *Lebenssituationen älterer Menschen.* Beschreibung und Prognose aus interdisziplinärer Sicht. Berlin, 93–124.
- Schmidt, Hajo (Hg.) (1998) *Johan Galtung. Die andere Globalisierung. Perspektiven für eine zivilisierte Weltgesellschaft im 21. Jahrhundert.* Münster.
- Tews, Hans Peter (1996) *Produktivität des Alters.* In: Baltes, Margret/ Montada, Leo (HgInnen) *Produktives Leben im Alter.* Frankfurt a. M./ New York, 184–210.
- Thürkow, Karl (1981) *Basisliteratur zur Gerontologie und Altenarbeit – eine Literaturdokumentation mit Inhaltsangaben und Auswahlbibliografien.* Berlin.

Kontakt: anton.amann@univie.ac.at
 Institut für Soziologie, Universität Wien
 1090 Wien, Rooseveltplatz 2